

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

23.9.1927 (No. 221)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Straßhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Miete

Die gesetzliche Miete für Wohnungen beträgt in Baden, wie im Reich, nach der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 10. März 1927, wie bereits früher mitgeteilt wurde, vom 1. Oktober 1927 an 120 Proz. der Friedensmiete.

Wirtschaftliche Umschau

Die vorläufigen Ergebnisse der Reichswohnungs-zählung zeigen, wie sehr sich unsere Wohnungsverhältnisse im Vergleich zur Vorkriegszeit verschlechtert haben. Während damals in den deutschen Mittel- und Großstädten etwa 2 Proz. der Wohnungen mit zwei oder mehr Haushaltskationen belegt waren, beträgt jetzt in den Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern dieser Prozentsatz 6,4 Prozent, das sind fast 600 000 derartige überlegte Wohnungen. In den Großstädten (über 100 000 Einw.) steigt sich dieser Prozentsatz sogar auf 7,6 Proz. Im ganzen Reich sind rund 660 000 zweite und weitere Haushaltskationen und rund 240 000 weitere Familien (ohne eigenen Haushalt) ohne Wohnung. Das Problem der Wohnungsnot besteht also zweifellos weiter und ihr kann nur durch weitere Steigerung der Neubautätigkeit entgegen gewirkt werden. Über die Mittel, die Bautätigkeit durch gezielte Maßnahmen zu fördern, herrschen ja die bekannten tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten. Was die sog. Hauszinssteuer anlangt, die zur Zeit die Hauptquelle für den Wohnungsbau ist, so erscheint die Forderung berechtigt, es möge bei ihrer Reform darauf gesehen werden, daß die aus ihr fließenden sehr großen, doch immer noch unzureichenden Mittel, so verwendet werden, daß in erster Linie dort, wo der Bedarf am größten ist, gebaut werden kann.

Auf der Kieler Tagung der deutschen Sparkassen wurde mitgeteilt, daß Mitte dieses Jahres doch nun schon 33 Proz. der Sparkassengelder in Hypotheken angelegt sind, während dieser Prozentfuß 1913 freilich doppelt so hoch war, Ende 1926 aber nur 19 Proz. betrug. Die Sparkassen als Hypothekengeber sind gerade augenblicklich so wichtig, weil das Hypothekengeschäft der Hypothekbanken infolge des Verlangens des Kapitalmarktes im Stoden geraten ist. In diesem laufenden Jahr wollen die Sparkassen insgesamt 300 Mill. M zur Wohnungsbaufinanzierung zur Verfügung stellen, sie haben seit der Stabilisierung hierzu 1255 Mill. aufgebracht. Eine Steigerung der Einlagen muß natürlich eine verstärkte Pflege des Realcredits zur Folge haben, weshalb für das Wohnungsproblem die Einlageziffern der Sparkassen von großer Bedeutung sind. Wünschenswert wäre, daß eine endgültige Verständigung zwischen Sparkassen und Privatbanken zustande käme. Die Sparkassen verteidigen die vermehrte Übernahme von Bankfunktionen im Gegensatz zur Vorkriegszeit damit, daß gerade für den Mittelstand die Kreditbanken als Kreditquelle gegenwärtig verfallen. Auch aus diesem Grund kann die Rückkehr zur langfristigen Kapitalanlage im Ausmaß der Vorkriegszeit durch die Sparkassen nicht willkürlich beschleunigt werden.

Die Zunahme der Sparkaseneinlagen ist seit einigen Monaten in langsamem Abflauen, was darauf zurückgeführt wird, daß es sich zum erheblichen Teil nicht um eigentliche Ersparnisse aus Arbeitseinkommen handelte, sondern um gerettete Reste von Kapitalien aus der Vorkriegszeit und auch wohl bei den Börsenderouten gerettete Vermögen, die Sicherstellung bei den Sparkassen suchten. Was die sonstigen Quellen für erste Hypotheken anlangt, so verlagen, wie gesagt, seit längerem die Hypothekbanken wegen des ungenügenden Abfluges von Pfandbriefen. Ganz große Institute sollen gegenwärtig im Tag nur 20 000 bis 30 000 M zur Verfügung haben, andere haben eine neue Hypothekensperre zunächst bis Oktober eintreten lassen. Man darf dabei nicht übersehen, daß der Abfluß an Pfandbriefen, absolut genommen, den der Vorkriegszeit, z. B. im Vorjahre erheblich übertrafen hat, was auch für das erste Halbjahr 1927 gilt. Freilich ist das Bedürfnis nach hypothekarischem Kredit heute viel stärker, was auch in den enormen Zinssätzen, die gezahlt werden, zum Ausdruck kommt. Bei einer Auszahlung von 91 bis 92 v. S. beträgt der Zinssatz für erste Hypotheken 7½ Proz. wozu noch Spesen, halbprozentige Amortisation usw. kommen, so daß

sich eine tatsächliche Verzinsung des erhaltenen Kapitals von fast 10 Prozent ergibt. Für zweifelliges Geld werden von privater Seite natürlich noch höhere Zinsen verlangt.

Es ist infolge des Kapitalmangels ausgeschlossen, daß das für das ganze Reich für 1927 in Aussicht genommene großzügige Wohnungsbauprogramm voll durchgeführt wird. Viele Bauvorhaben konnten nicht in Angriff genommen, andere nur mit Zwischenkrediten weitergeführt werden. Um im Wohnungsbau weiterzukommen, auch im nächsten Jahr, wird deshalb angeregt, die Beschaffung von Auslandsmitteln für Wohnungsbauzwecke den öffentlichen Körperschaften in größerem Umfang zu erleichtern. Freilich bestehen auch hier Schwierigkeiten. Anfang Juli war vom Reichsrat die aus den bekannten Gründen bisher verjagte Genehmigung zur Aufnahme von Auslandsanleihen in Höhe von 100 Mill. M, d. h. die Emission von Wohnungsbau Pfandbriefen im Ausland, gestattet worden, wobei verschiedenen Instituten bestimmte Quoten zugeteilt wurden. Von dieser Summe ist jedoch bisher erst die Hälfte im Ausland untergebracht. Das Haupthindernis liegt darin, daß die Amerikaner nur Dollaranleihen geben wollen, während die meisten privaten und öffentlich-rechtlichen Institute nach ihren Statuten nur Feingoldhypotheken, die auf dem Londoner Goldpreis basiert sind, begeben dürfen, England aber sich gegenüber dem Pfandbriefkauf ablehnend verhält und nur kleinere Märkte, wie Holland und Schweden gegenwärtig in Betracht kommen. Hier können natürlich Änderungen und Erleichterungen eintreten, so daß die Frage besteht, ob eine erweiterte Finanzspruchnahme von Auslandskapital für den Wohnungsbau oder eine Einschränkung des Wohnungsbauprogramms stattfinden soll.

Der Frankfurter Stadtkämmerer Nsch hat dieser Tage den Finanzbedarf für das nächstjährige Bauprogramm im Reich auf rund 2½ Milliarden angenommen, woraus rund 200 000 Wohnungen hergestellt werden könnten. 750 Millionen stehen aus Steuermitteln (Hauszinssteuer) zur Verfügung, die Sparkassen könnten im allergünstigsten Falle 450 bis 500 Millionen für erste Hypotheken verfügbar machen, 150—250 Millionen die Sozialversicherungsinstitute usw., so daß höchstens 1400 Millionen, d. h. 60 Proz. gedeckt wären. An Eigenkapital würden die Bauherren und Genossenschaften für Wohnungsbau kaum mehr als 100 Mill. aufbringen, so daß 900 bis 1000 Millionen fehlen. Nsch hält die Aufnahme ausreichender Wohnungsbaukredite im Ausland zur Aufrechterhaltung des Baustandards von 1927 gegenüber einer weitgehenden Einschränkung des Wohnungsneubaus für das kleinere Übel und verwirft auch den Ausweg, daß öffentliche Körperschaften durch Übertragung großer Bauprojekte an ausländische oder inländische Privatfirmen, diesen die Beschaffung von Baugeldern im Ausland zu übertragen, weil die direkte Geldaufnahme durch die Gemeinden bei offener Bürgerschaft sich erheblich günstiger gestalten würde. Er verlangt deshalb, daß die Beratungskommission für Auslandsanleihen den Gemeinden entgegenkomme und die bekannten Bedenken zurückstelle.

Die deutsche Handelsbilanz für August ist zwar weiter stark passiv, aber sie zeigt wenigstens Besserung gegenüber dem Vormonat. Der Einfuhrüberschuß, der im Juli einen Wert von 411 Millionen hatte, ist auf 292 Mill. zurückgegangen, hauptsächlich infolge der verminderten Einfuhr von Lebensmitteln (um 101 Mill.). Alle anderen Einfuhren zeigen nur unbedeutende Abnehmungen, die Ausfuhr ist um 21,6 Mill. gestiegen, hauptsächlich in Rohstoffen und Halbfertigwaren, wobei die Ausfuhr von Fertigwaren sogar einen Rückgang erfuhr. Auch die Augustbilanz ändert wenig an der Tatsache, daß wir bereits über 2 Milliarden Einfuhrüberschuß in diesem Jahre haben, eine Tatsache, deren Ernst durch eine dieser Tage veröffentlichte Schätzung des Statistischen Reichsamts über die Gestaltung der deutschen Zahlungsbilanz unterstrichen wird.

Hier sind freilich nicht so exakte Zahlenangaben möglich, wie bei der Handelsbilanz, da ja der Geldverkehr und die Abrechnung der deutschen Privaten mit dem Ausland sich in diesem der Kontrolle entziehen. Die Schätzung befaßt sich mit dem ersten Halbjahr 1927. Dem Einfuhrüberschuß (1479 Mill.) und den Reparationsleistungen (727 Mill.) stehen nur geringe Überschüsse deutscher „Dienstleistungen“ gegenüber. Als

solche werden u. a. die Einnahmen aus dem Schiffsverkehr (154 Mill.), und im Inland verwendete Reparationsleistungen (93 Mill.) angegeben. Die Kapitalübertragung im Wanderverkehr wird auf 15 Mill. angenommen. 928 Millionen des Passivums wurden mit Hilfe der Reichsbank gedeckt, das übrige durch Kapitalimport. Dabei waren noch 117 Mill. M Zinsen aus Ausland zu leisten. Die deutschen Anlagen im Ausland (Auslandskredite) vermehrten sich um 112 Mill. Die öffentlich ausgelegten Auslandsanleihen betragen im ersten Halbjahr 1927 nur 150 Mill., die Zunahme der kurzfristigen Verschuldung aus Ausland wird aber auf 1150 Mill. angenommen. Vieles ist ja bei diesen komplizierten Vorgängen nur rohe Schätzung, die mannigfache Fehlerquellen haben kann. Will man aus der Entwicklung des ersten Halbjahres auf das ganze Jahr 1927 schließen, so würde sich eine Passivität unserer Zahlungsbilanz von 4,3 Milliarden ergeben. Das Passivsaldo wurde im vergangenen Jahr 1926 auf nur 114 Mill., 1925 allerdings auf 3,9 Milliarden, 1924 auf 2,4 Milliarden geschätzt.

Die Vorschüsse auf die Beamtenbesoldungsneuordnung

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Donnerstag nach Ablehnung weitergehender Anträge der Linken einstimmig folgender Vorschlag des Reichsfinanzministeriums über die Vorschusszahlungen an die Beamten angenommen:

Mit Wirkung vom 1. Oktober bis zur Verabschiedung des neuen Besoldungsgesetzes sollen an monatlichen Vorschüssen erhalten: die Beamten der

- Besoldungsgruppen I—V verheiratete 25, ledige 20 M., Gruppe VI—VIII verheiratete 30, ledige 25 M., Gruppe IX—X verheiratete 50, ledige 40 M., Gruppe XI und darüber verheiratete 70, ledige 60 M.

Die außerplanmäßigen Beamten 20, Bartegelde- und Ruhegehaltsempfänger und Empfänger von Hinterbliebenenbezügen sollen 10 Proz. der Bartegelde usw. aber unter Ausschluß der Frauen- und Kinderzuschläge erhalten. Offiziere und Soldaten der Reichswehr, sowie Polizeibeamte des Reichswasserschutz sollen erhalten in Besoldungsgruppe I und II verheiratete 5, Gruppe III—VIII verheiratete 15, Gruppe IX verheiratete 30, Gruppe X (für Hauptleute usw. mit mehr als zwei Dienstjahren) verheiratete 50, Gruppe XI verheiratete 50, ledige 35, Gruppe XII und höher verheiratete 70, ledige 60 M.

In Begründung zu den Vorschlägen über die Vorschusszahlungen bemerkte Reichsfinanzminister Dr. Köhler grundsätzlich, er werde mit der Besoldungsvorlage das Verprechen einlösen, das er gegeben habe, die Bezüge der Beamten zu erhöhen, ohne die Schaffung neuer Einnahmequellen zu verlangen. Die Beamten hätten drei Jahre lang auf der Stelle treten müssen, während rings um sie herum andere Kategorien von Arbeitern und Angestellten ihre Bezüge hätten erhöhen können. Er hoffe, am Montag die Besoldungsvorlage dem Reichsrat unterbreiten zu können. Sie sei im Einklang mit Preußen ausgearbeitet worden. Der Minister bemerkte, er habe bei der Ausarbeitung der Vorlage auch an die Finanzlage der Länder und Gemeinden gedacht, und führte dazu weiter aus: „Dem Verlangen nach einer Wänderung des Finanzausgleiches kann aber nicht entsprochen werden. Ich hoffe, daß die Überweisungssteuern höhere Beiträge ergeben, als man annahm. Eine Erhöhung der Realsteuern in Ländern und Gemeinden aus Anlaß der Übernahme der Reichsbesoldungsordnung auf Länder und Gemeinden würde außerordentlich unerwünschte Rückwirkungen ergeben. Es sollte wirklich der ernsthafteste Versuch gemacht werden, hier ohne Erhöhung durchzukommen.“

Was die Besoldungsordnung selbst angeht, so besteht die Hauptänderung darin, daß das System der Schlüsselung abgeschafft ist und dafür die automatische Anfrückung in die Anfangs- wie in die Aufstufungsstufe getreten ist. Das System der Verzahnung ist grundsätzlich beibehalten worden. Die Frauenzulage ist in die Grundgehälter hineingearbeitet worden. Da keine Veranlassung vorliegt, den Bezügen auch diese Frauenzulage zu gewähren, ist versucht worden, sie von den unehelichen Beamten an anderer Stelle wieder hereinzubekommen. Das System der Kinderzulage ist beibehalten, aber vereinfacht; sie beträgt allgemein 20 M monatlich. Ferngelegen hat es der Regierung, wie in den jetzigen behauptet wurde, etwa für die Offiziere besondere Vorteile herauszuholen. Was die prozentuale Erhöhung der Besoldung selbst betrifft, so waren wir der Meinung, daß die unteren Beamtengruppen stärker bedacht werden müßten. Im übrigen bewegen sich die Erhöhungen der Grundgehälter im Endgehalt von 25 bis 18,7 Prozent. Aus den Endgehältern allein kann man aber die volle Höhe der Aufbesserung nicht entnehmen. Auch die Ruhegehalts- und Bartegeldeempfänger sowie deren Hinterbliebene werden entsprechend aufgebessert. In der Aussprache verlangten die Sozialdemokraten und die Kommunisten eine Erhöhung der Vorschüsse vor allem für die unteren Beamten, ferner ihre Ausdehnung auf die Kriegsbefähigten.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler teilte mit, daß zugleich mit der Besoldungsregelung für die Beamten auch die Bezüge der Kriegsbefähigten neu geordnet und darauf Vorschüsse gezahlt würden.

Abg. v. Guérard erklärte für die Regierungsparteien, daß sie mit den Vorschlägen der Regierung einverstanden seien; sie lehnten deshalb alle anderen Vorschläge ab.

Abg. Schulz (Dem.) beklagte, daß die geringen Beträge, die die Regierung vorschlägt, in keiner Gruppe der Notlage der Beamten Rechnung trügen. Er wünschte vor allem, daß die Einzelgehälter von der Vorzahlung ausgeschlossen würden, um die Rückwirkung auf die Diätenbezüge der Reichstagsmitglieder zu vermeiden, die in ihrer Berechnung davon abhängen.

Nach Ablehnung aller Anträge wurde die Vorlage der Regierung dann einstimmig angenommen.

Düster-Ausschuss zur Besoldungsreform

In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“ äußerte sich der preussische Finanzminister ausführlich über die Grundzüge der Besoldungsreform. Er vertrat die Ansicht, daß die Besoldungserhöhung eine Preissteigerung zur Folge haben könne und sprach die Hoffnung aus, daß die Geschäftsleute die Kaufkraft der Beamten nicht durch Erhöhung der Preise vermindern und dadurch auf die Dauer sich selbst schädigen. Über das Verhältnis zwischen Reich und Preußen in der Frage der Beamtenbesoldung sagte der Minister, daß das Reich und Preußen in allen Stadien in voller Übereinstimmung gehandelt haben. Die Zusammenarbeit hätte nicht vertrauensvoller sein können. In allen vergleichbaren Gruppen müßten nach dem Reichsfinanzminister und seiner Überzeugung die beiden Besoldungsordnungen gleich sein. Abweichungen der preussischen Besoldungsordnung werden nur dort eintreten, wo die Vergleichbarkeit fehlt. Betreffs der Deckungsfrage hoffe er in diesem Jahre einen Teil der Mehrausgaben aus laufenden Mitteln decken zu können. Viel ernster würden die Jahre 1928, weil dann Preußen mit dem vollen Jahresbetrage der Mehrausgaben belastet sein werde. Die Zeitungsmeldungen, er habe erklärt, daß Preußen die Mehrausgaben aus eigener Kraft tragen könne, bezeichnete der Minister als falsch. Eine Reichshilfe müsse für alle Länder gleichmäßig sein.

Die Strafrechtsreform

In der Donnerstagssitzung des Reichstagsausschusses für die Strafrechtsreform berichtete Reichsjustizminister Gerat über die erfreulichen Eindrücke, die er bei seiner Teilnahme an den Verhandlungen über den Strafgesetzentwurf im Wiener Nationalrat gewonnen habe. In den Beratungen sei klar hervorgetreten, daß alle Parteien, auch die Oppositionsparteien, mit der österreichischen Regierung in dem Wunsche einig sind, die Arbeiten an dem Strafgesetzbuch zu fördern und sie, wenn irgend möglich, zum erfolgreichen Abschluß zu bringen und die Rechtseinheit mit Deutschland auf diesem wichtigen Rechtsgebiete herzustellen.

Der Ausschuss verhandelte alsdann über einen sozialdemokratischen Antrag, einen der fraktionellen Zusammenfassung des deutschen Reichstagsausschusses für die Strafrechtsreform entsprechenden **Unterausschuss** einzusetzen, der die Aufgabe haben soll, mit einem entsprechenden **Ausschuss** des Reichsausschusses des österreichischen Nationalrats über den Strafgesetzentwurf zu fortlaufenden gemeinsamen Beratungen zusammenzutreten.

Nach längerer Aussprache wurde die Abstimmung über den maßgebenden Antrag zunächst zurückgestellt. Dagegen wurde in Aussicht genommen, daß einige Mitglieder des Reichstagsausschusses zunächst mit Mitgliedern des österreichischen Nationalrates Fühlung zu nehmen suchen, um einer erprießlichen Zusammenarbeit hinsichtlich der Strafrechtsreform die Wege zu ebnen.

Der Lohnkampf bei der Reichsbahn. Zu der ablehnenden Haltung der Reichsbahnverwaltung gegenüber dem Wunsche, die Löhne der Eisenbahnarbeiter möglichst noch vor dem 1. Oktober zu erhöhen, nahmen dem „Vorwärts“ zufolge die Berliner Funktionäre des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands in einer großen Konferenz Stellung. Es wurde eine Entschliebung angenommen, in der die Eisenbahner an die Gesamtbeamtenchaft und an die Öffentlichkeit appellieren, sie in ihrem Kampfe zu unterstützen. Weiter riefen die Eisenbahner an die Gesamtarbeiterchaft und an alle Angestellten den Appell, den Lohnkampf sofort aufzunehmen.

Neuerichtung deutscher Säulen in der Tschechoslowakei. In der letzten Sitzung des Landesschulrates für Böhmen wurde die **Neuerichtung von 100 deutschen Parallelklassen** beschlossen. Ferner wurde beschlossen: Die Errichtung einer deutschen Bürgerschule in Oberdorf bei Komotau, einer Volksschule in Raditz, zweier Zweigschulen in Himmelsreih bei Misch und in Kamnitz-Leutken. Auch dem deutschen Kulturverband wurde die Errichtung neuer Privatschulen bewilligt.

Bildende Kunst in Karlsruhe

Wer zum ersten Male nach den Ferien wieder den Weg zum Kunstverein findet, muß alle in der Sommerfrische gesammelte Kraft zusammennehmen, um sich durch die Ausstellung durchzuarbeiten, die ihn dort empfängt. Etwa 200 Bilder und Plastiken von etwa 100 verschiedenen Künstlern! Ein Kunstjahrmart ist das mit seinem bunten Durcheinander von neuen Arbeiten und alten Labenhütern, von großen und kleinen Bildern, von guten und sehr bösen, und über dem Ganzen steht die übergrifft „**Karlsruher Künstler**“. Man bewundert die Leitung des Kunstvereins, daß sie es fertig brachte, dieses Chaos zu einer Ausstellung zu gestalten. Aber selbst die geschickteste Gruppierung wäre dieses Mal nicht imstande gewesen, der Ausstellung ein Gesicht zu geben. Was in der Herbstausstellung des vorigen Jahres als **Genius Loci** stark spürbar war, was sich damals als spezifisch karlsruhisch ins Bewußtsein drängte, erscheint heuer neben gleichgültiger Allerweltskunst noch mehr antiquiert und stödig. Eigentliche Spitzenleistungen habe ich in der Ausstellung überhaupt nicht finden können. Wohl ist manche Arbeit des guten Durchschnitts da, die Haltung und Judt verkörpert. Aber nicht ein einziges Werk ist mir begegnet, vor dem man stehen bleibt und den Atem anhält vor innerer Betroffenheit.

Was soll man bei dieser allgemeinen Situation noch weiter über die Ausstellung berichten? Es wäre ungerichtet, einzelne Leistungen aus der Menge des Gebotenen herauszugreifen und die Arbeiten als „besser“ oder als „besonders schlecht“ hinzustellen. Die Ausstellung ist eben ein Jahrmarkt und will auch gar nichts anderes sein. Wohl dem, der sie noch ernst nehmen kann.

Ein Name aber muß doch aus dem Chaos losgelöst werden: **Kolard Raser**. Während sonst wohl kein Künstler mit mehr als drei Bildern vertreten ist, ist ihm ein ganzer Saal eingeräumt worden; um einen Koten zu ehren, hat man das Prinzip der Ausstellung durchbrochen. Bilder aus Rasers Nachlaß sind da vereinigt mit einigen Arbeiten aus privatem Besitz. Zumeist sind es Pastelle, die davon zeugen, wie sich der Künstler um die menschliche Gestalt bemüht hat und wie er im Porträt nicht das Individuum, sondern den Typus suchte. Raser war einer der Stillen im Lande. Seine Arbeiten kommen nicht prunkend und anspruchsvoll daher. Was sie aber sein wollen, das find sie auch: Ausdruck einer in sich gelehrten, bescheidenen Künstlernatur.

Politische Neuigkeiten

Die Völkervereinigung

nahm am Donnerstag in Genf eine Reihe von Berichten des zweiten und des sechsten Völkervereinigungsausschusses an. Der Bericht des Ausschusses für internationale geistige Zusammenarbeit, der von Dr. Breitscheid erstattet wurde, behandelt sehr eingehend die Bestrebungen aller Länder zur Unterzeichnung der Jugend über die Ziele des Völkervereinigungsausschusses. In einem kurzen Begleitwort wies der deutsche Delegierte noch besonders auf die Bedeutung der Aufgabe hin, die Jugend aller Länder im Sinne der Verständigung und des Sichverstehens zu erziehen.

Eine angenommene Resolution begrüßt die vom Rat bereits eingeleitete Bearbeitung der Konferenzbeschlüsse zur Verbilligung und Verbesserung der Nachrichtenübermittlung und des internationalen Zeitungsvertriebes, ferner zur Ausgabe einer internationalen Identitätskarte für Journalisten. Der Bericht über die Schaffung eines Welthilfeverbandes spricht Reichsminister a. D. Dr. Kull, der die Konferenz zur Ausarbeitung eines Staatenabkommens über den Welthilfeverband leitete, den Dank der Völkervereinigung aus, der in der Resolution wiederholt wird, die gleichzeitig Reichsminister a. D. Dr. Kull in seiner Eigenschaft als Präsident der Konferenz auffordert, sich mit den Mitgliedern des Sachverständigenausschusses dem Rat zur Verfügung zu halten, um alle Maßnahmen zur Erleichterung der Intraffekung des auf der Konferenz beschlossenen Staatenabkommens zu treffen.

Deutscher Städtetag in Magdeburg

Der Magdeburger Städtetag hat etwa 1400 führende Männer der deutschen Kommunalverwaltungen nach Magdeburg gebracht. Die Stadt hat reichen Flaggenschmuck angelegt. Zahlreich sind die Regierungen der Einladung gefolgt. An der Spitze der Vertreter der Reichsregierung ist der Reichsfinanzminister mit dem Reichsfinanzminister erschienen. Die preussische Regierung vertritt der Innenminister und der Wohlfahrtsminister. Als Ehrengäste sind die ehemaligen Reichsminister Scheidemann und Dr. Luther, die ehemaligen Minister Hamm und Jarres und Reichstagspräsident Loh anwesend.

Eingeleitet wurde die Tagung gestern Abend durch eine Festvorstellung im Stadttheater. Heute begannen in den Vormittagsstunden die Sitzungen der einzelnen Fraktionen. In diese schloß sich um 11 Uhr die Hauptversammlung in der Stadthalle an.

Der preussische Schulkompromiß

Die der demokratische Zeitungsbericht meldet, sind die Änderungsanträge der preussischen Regierung für die Beratung des Schulgesetzes im Reichstag nunmehr formuliert worden. Nach diesen Anträgen wird in § 2 die Gemeinschaftsschule an erster Stelle genannt und betont, daß die Schulen **Gemeinschaftsschulen** sind, oder nach näheren Bestimmungen dieses Gesetzes **Bekennnisschulen** oder weltliche Schulen. Nach den Änderungsanträgen zum § 18 sollen alle Schulen solange Gemeinschaftsschulen sein solange nicht ein Drittel der Erziehungsberechtigten eine **Bekennnisschule** oder **weltliche Schule** verlangen. Verlangt ein Drittel der Erziehungsberechtigten die Umwandlung in eine **Bekennnisschule** und ein zweites Drittel die Umwandlung in eine weltliche Schule, so entscheidet bei einer Abstimmung die absolute Mehrheit. Ein weiterer preussischer Antrag bestimmt, daß die Feststellung des geordneten Schulbetriebes den Ländern überlassen werden soll. Dadurch würde die Simultanförmigkeit in den Simultanförmigen Ländern gerettet werden. Preußen beantragt, daß Frankreich und Danau als Simultanländer erklärt werden. In der Finanzfrage ist Preußen mit den übrigen Ländern darin einig, daß die Mehrkosten das Reich zu tragen hat.

Parker Gilbert bleibt. Coolidge hat den bisherigen Gouverneur der Federal Reserve Bank von Minneapolis, **Ray Archibald Young**, zum Mitglied des Federal Reserve Board an Stelle des zurückgetretenen Cressinger ernannt. **Parker Gilbert**, dessen Ernennung allgemein erwartet wurde, soll angeblich einen anderen, demnach freiwerdenden Sitz im Federal Reserve Board erhalten. Einstweilen dürfte er nach Berlin zurückkehren.

Der Präsident der Republik Liberia, King, ist Donnerstag nachmittag aus Leipzig kommend wieder nach Berlin zurückgekehrt und nahm abends an einem vom Reichstagsrat gegebenen Essen teil. King ist heute, Freitag früh nach Hamburg abgereist.

Aber die Enttäuschungen der Kunstvereinsausstellung trösten etwas die Mädel, die die Firma **Himmelsheber** diesmal in den oberen Sälen zeigt. Da ist ein recht hübsches Eßzimmer ausgeföhrt und ein Herrenzimmer, das besser ist als das meiste, was man sonst hier zu sehen bekommt, wenn gleich auch diese Herrenzimmereinrichtung ihre Herkunft nicht verleugnen können. Abscheulichere Fische als die am Schrank und am Schreibtisch kann man sich kaum ausdenken. Warum muß die im übrigen gute Form durch solcheinkerlichen verborben werden?

Beim Verlassen des Kunstvereins lockt unten das große Schaufenster des **Kunstgewerbevereins**. In geschmackvoller Zusammenstellung sieht man da auf schönen Stoffen getriebene Messingarbeiten, Schalen und Kästen in Neusilber, feine Gläser, Flaschen und noch tausend andere Dinge, die geeignet sind, die Wohnung, die tägliche Umgebung des Menschen gestalten zu helfen. Kunstgewerbe nennt man das alles mit einem unglücklichen Sammelnamen. — Das Kunstgewerbe, eine Erfindung des 19. Jahrhunderts, in dem die Maschine das alte solide Handwerk verdrängt hatte, hat seinen ursprünglichen Sinn und sein Wesen recht erheblich gewandelt. Galt es einst, im Kampf gegen die Maschine handwerkliche Nützlichkeit durch künstlerische Gestaltungskraft zu fördern und zu beleben, so ist jetzt seine Aufgabe, alle maschinellen Vorzüge und alle technischen Produktionsmöglichkeiten dem künstlerischen Ausdruckswillen dienstbar zu machen. Zweierlei Produkte zeitigt so das moderne Kunstgewerbe: einmal rein maschinell hergestellte Gebrauchsgegenstände, Serienfabrikate, bei denen nur das Modell von Künstlerhand geschaffen wurde, zum anderen maschinelle Halbfertigwaren, die durch die Hand des Künstlers selbst die letzte Formung erhält, sei es durch helobte Oberflächenbehandlung, sei es durch Verzierungen aller Art. Das Ausschlaggebende ist stets, daß die ganz nützliche Zweckform künstlerisch gestaltet ist. Daneben lebt man noch dem Kunstgewerbe Dinge zuzurechnen, die keinen ausgeprochenen Gebrauchscharakter, sondern nur rein schmückenden Wert haben. Die Grenzen zum freien Kunstwerk sind hier kaum zu ziehen, zumal da diese schmückenden Stücke meist durch reine Handarbeit entstehen. Kostbare Einzelstücke in edlem Material und edler Form stehen neben Gelegenheitsarbeiten aus billigem Werkstoff. Unendlich groß ist das Gebiet des Kunstgewerbes noch immer, trotzdem die Klarheit unserer Zeit gerade hier knappe Formung zugleich mit äußerster Rationalisierung fordert.

Der Deutsche Pfarrertag zum Reichsschulgesetz

Die Abgeordnetenversammlung des evangelischen Deutschen Pfarrertages nahm zum Reichsschulgesetzentwurf eine Entschliebung an, in der es heißt: Der Pfarrertag gibt der dringenden Erwartung Ausdruck, daß der jetzt gemachte ernsthafte Versuch, die in der Reichsverfassung gegebenen Grundsätze der Freiheit der christlichen Schulerziehung gesetzlich auszugestalten, wirklich gelingen möchte. Das in den RB. den Eltern gegebene Recht, für ihre Kinder Schulen ihrer Weltanschauung zu fordern, muß folgerichtig den Eltern, die die evangelische Bekenntnisschule fordern voll gewährleistet werden. Dabei vertritt in Übereinstimmung mit der einmütigen Kundgebung des Deutschen Kirchentages zu Stuttgart der Deutsche evangelische Pfarrertag nicht das geschichtliche Recht der von der Gemeinschaftsschule des Entwurfes grundsätzlich verschiedenen **christlichen Simultanförmigkeit**, soweit sie sich in einzelnen Gegenden eingebürgert hat. Eine Wiederkehr der sogenannten geistlichen Schulaufsicht wird ausdrücklich abgelehnt.

Kennzeichnung von Lebensmitteln

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages nahm eine Verordnung über die Kennzeichnung von Lebensmitteln an, die notwendig geworden ist, weil die bisherige Verordnung durch das neue Gesetz mit dem 1. Oktober aufgehoben wird. Die Verordnung unterscheidet sich nicht wesentlich von den bisherigen Bestimmungen.

In der Beratung des Ausschusses wurde von sozialdemokratischer Seite ein energisches Vorgehen gegen irreführende **Reklame für Margarine**, zum Beispiel „Butterfein“, gefordert. Ein Gesetz zum Schutze des Naturbuttermarkts nach Auskunft der Regierung noch in diesem Jahre vorgelegt werden. Aber die Aufnahme von Steinsalz in die Lebensmittelliste will die Regierung noch mit den Interessenten beraten. Auf sozialdemokratischen Antrag beschloß der Ausschuss, auch **Milch** und **alle Dauerwaren** mit dem Bezeichnungszwang des Tages der Herstellung zu belegen. Für diesen Antrag hatten sich auch die bayerische Regierung und das Zentrum ausgesprochen.

Die Ruhrrentschädigungen. Die in Essen tagende Mitgliederversammlung des rheinisch-westfälischen Kohlenbundes befachte sich u. a. mit dem Bericht des Reichstagsausschusses über die Ruhrrentschädigungen und nahm eine Entschliebung an, die sich unter Hinweis auf das mit dem Bericht veröffentlichte Material gegen das **Verbot** des Ausschusses wendet. Der Ruhrbergbau habe nur 7-8 Proz. der Gesamtausgaben des Reiches für den passiven Widerstand beansprucht, während die Belegschaft des Ruhrgebietes mit ihren Familien fast 20 Proz. der Bevölkerung des besetzten Gebietes umfasse.

Vor neuen Kämpfen in Syrien. Meldungen aus Jerusalem wollen wissen, daß die syrischen Aufständischen beabsichtigen, die Feindseligkeiten gegen die Franzosen zu erneuern. **Sultan Faisch el Akrasch**, der von den Franzosen nach dem Gefechts verbannt war, führe eine große Abteilung von Kriegeren in der Nähe des Drußengebirges an. Der Sultan, der, wie verlautet, eine Offensive vorbereitet, habe ein Manifest veröffentlicht, in dem er eine bereinigte Antironeal fordere, „um neue Opfer zur Verteidigung der nationalen Ehre zu bringen“.

Kurze Nachrichten

Die Vandalenentführungen. Es ist gelungen, in Dresden den Hersteller der gefälschten Vandalen, **Rügler**, zu verhaften und seinen Betrieb zu schließen. Ferner wurde der Zigarettenfabrikant **Benedikt** festgenommen. **Benedikt** hat seit Mitte August in Berlin mindestens 285 000 unperfekte Marken-Zigaretten gefälscht. Auch der Zigarettenfabrikant **Koschardt** wurde festgenommen.

Zuchthaus für die Lotteriebetrüger. Das Berliner Schöffengericht verurteilte den Lotterieberufsinspektor **Wöhm** zu 2 Jahren, 3 Monaten Zuchthaus und 1000 M Geldstrafe und den Lotterieberufsleiter **Scheinflein** zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 500 M Geldstrafe wegen erschwerter Affenfälschung und erschwerter Urkundenfälschung in je drei Fällen.

Verurteilung von Kommunisten im Saargebiet. Wegen der am 8. August vor dem Regierungsgebäude zu Saarbrücken veranstalteten kommunistischen Protestaktion, bei der 35 Landjäger verwundet wurden, wurden von der dortigen Strafammer die Landesratsabgeordneten **Reinhard** und **Ulrich** zu neun bzw. zwei Monaten und weitere 12 Angeklagte zu sechs Monaten bis zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Im Laden des Badischen Kunstgewerbevereins hat man Gelegenheit, sich von der Mannigfaltigkeit moderner Gestaltung im Kunstgewerbe zu überzeugen. Zunächst fallen besonders die **Metallarbeiten** von **Karl Wagner** nach Entwürfen von **Meerwarth** angenehm auf. Da sind köstliche kleine Schalen und Untersätze, die auf dem mattglänzenden Grund des Neusilbers klare, wirksame Ritzzeichnungen tragen, für wenige Pfennige zu erwerben. Größere Schalen, Kästen und Möbel von edler Form stehen daneben. Die Masse eines lorbeerkränzten Kopfes aus Messingblech auf einem Holzsockel ist schon mehr in das Gebiet der freien Kunst zu rechnen. Einen schönen Zweck könnte so ein Stuhl erfüllen, wenn es als Sportpreis verliehen würde anstatt der schrecklichen Dinge, die man gerade auf diesem Gebiet zu sehen pflegt. Um das Gebiet der Sportpreise, das so sehr eine Reformaktion nötig hätte, hat sich der Leiter des Kunstgewerbevereins, **Architekt Meerwarth**, besonders gekümmert. Man findet da Briefbeschwerer in Marmor von der Firma **Krupp & Meißner** in guter, sachlicher Form, Medaillen und Plaketten in allerhand Metallen mit direktem Bezug auf das sportliche Ereignis, für das sie bestimmt sind, und viele andere schöne Dinge, die besser unserer Zeit entsprechen als die sonst üblichen Sportpreise, die aus dem letzten noch blühenden Zweige ausgesprochener Ritzindustrie stammen. — Als besondere Abteilung wird im Kunstgewerbeverein die Bearbeitung des Holzes gepflegt. Da sind hübsche Arbeiten in Schleifstad von **Nothofer**, köstliche Schalen aus Bildhauerholz von **Meerwarth-Grubny** und vor allem Spielzeug, festes, wirklich brauchbares Holzspielzeug, Tiere und bunte Baukästen, die jedem Kinde die größte Freude machen würden. — Daß in Baden **Fayencearbeiten** nicht fehlen dürfen, ist selbstverständlich. Vor allem sind mir dabei aufgefallen die Fliesen und Plättchen aus **Kuppurr-Fayence**, die als Bauelemente die beste Verwendung finden können. — Es ist nicht möglich, alle Zweige des Kunstgewerbes, die in diesem schönen Laden vertreten sind, einzeln aufzuzählen. Wolle, Leinen, Seide, Glas jeder Art, Papier und Leder, alles ist in ausgereicherter Verarbeitung dort zu finden und alles zu erschwinglichen Preisen. Es ist sehr zu begrüßen, daß der Laden, dessen Eröffnung ich vor nicht ganz einem Jahre ankünden konnte, sich hat durchsetzen können. Wer sich für sein Haus schöne Dinge kaufen will oder wer schöne Geschenke machen will, verläumt nicht, dorthin zu gehen.

Dr. Str.

Attaklesches Einreiseverbot für eine deutsche Sportmannschaft. Das litauische Gouvernement hat die Einreise der Stadtmannschaft Insterburg zu einem am kommenden Sonntag in Memel fälligen Spiel um den Ostmarktschilb verboten. Ein Grund für das Verbot wurde nicht angegeben.

Die Arbeitslosen in England. Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen in England betrug am 12. September 1927 600 Personen oder 22 020 weniger als in der Vorwoche und 499 324 Personen weniger als im gleichen Zeitpunkt des letzten Jahres.

Japanisch-chinesischer Zwischenfall. Nach einem Zwischenfall in der japanischen Konzeption in Hankau wurden zwei hundert japanische Matrosen gelandet und ein Zerstörer, der auf dem Wege nach Schanghai war, zurückberufen. In japanischen Kreisen erklärt man, daß für die jüngsten Schwierigkeiten die Chinesen verantwortlich gemacht werden müßten, da dies nicht das einzige Beispiel der Gewaltanwendung gegenüber Japan in Hankau sei.

Badischer Teil

Ansiedlung von Landwirten im Osten des Reiches

Über die Frage der Ansiedlung von badischen Landwirten in Schlesien, Ostpreußen und Medienburg, wofolbst mit Reichsmitteln Siedlungsgelände in großem Ausmaß erschlossen wurde ist feinerzeit in badischen Zeitungen viel geschrieben worden. Seitdem Landtag und Regierung nach dem Vorbild des Preussischen Staates für badische Landwirte, die in das Siedlungsgebiet abwandern wollen, ein Darlehen von 6500 RM pro Siedlungsstelle zugesagt haben, hat die Erörterung über dieses Problem in der Presse aufgehört. Es stellte sich nämlich mittlerweile heraus, daß die Zahl junger Landwirte, die neben dem Staatsdarlehen noch ein eigenes Vermögen von 8-10 000 RM zur Verfügung haben, äußerst gering ist. Anders als mit Betriebsmitteln in dieser Höhe kann bekanntermaßen eine Siedlungsstelle nicht übernommen werden. Sofern siedlungslustige Jungbauern vorhanden wären, die eine Vorauszahlung ihres Anteils am väterlichen Vermögen nötig hätten, um sich im Osten ansiedeln zu können, ließe sich sehr wohl eine Mobilisierung dieses Geldes durch hypothekarischen Eintrag auf das väterliche Gut erzielen. Ein Institut für die Erfüllung dieser Aufgabe ist zwar noch nicht vorhanden. Es wäre aber bald geschaffen, sobald überhaupt Ansprüche dieser Art geltend gemacht würden. Jedenfalls wäre es sehr zweckentsprechend, wenn es gelänge, einen Teil der Auswanderer nach überseeischen Ländern im deutschen Grenzgebiet des Ostens anzusiedeln.

Hindenburgfeiern in der Schule

Der Minister des Kultus und Unterrichts gibt folgendes bekannt: Der Herr Reichspräsident von Hindenburg feiert am 2. Oktober 1927 seinen 80. Geburtstag. Aus diesem festlichen Anlaß sind am Samstag, den 1. Oktober 1927, im Laufe des Vormittags Schulfeiern abgehalten. Die Feiern sind im Sinne des Herrn Reichspräsidenten einfach und schlicht zu gestalten. Der Unterricht fällt an diesem Tage aus.

Eine Funktionär-Konferenz der christlichen Gewerkschaften Süddeutschlands

fand am 15. und 16. September in Karlsruhe statt.

Die Leitung lag in den Händen des Landessekretärs Stodert. Von bekannten Persönlichkeiten waren erschienen: Reichstagsabgeordneter Stegerwald, der Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung, Professor Brauer von der Technischen Hochschule Karlsruhe, Dr. Schall, der Führer der katholischen Arbeitervereine Badens, Reichstagsabgeordneter Erling und André, die Landtagsabgeordneten Geurich, Eichenlaub, Hartmann, Eberhardt und Amann. Außerdem waren fast sämtliche Bezirksleiter der einzelnen Verbände vertreten. Vom deutschen Verbandskongress wohnte der Konferenz der Generalagent Sennelamp, Karlsruhe, bei.

Die Konferenz hatte sich mit folgenden Fragen zu befassen:

1. Gewerkschaftsarbeit und Lebensgestaltung nach sozialistischer und christlicher Weltanschauung.
2. Was bringt uns das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz?
3. Wie gestalten wir soziale Wahlen für uns erfolgreich?
4. Die Gesamtlage der christlichen Gewerkschaften im Vergleich zur sozialistischen Bewegung und die sich daraus ergebenden Aufgaben.
5. Besondere Aufgaben in den Bezirken.

Zu Punkt 1 sprach der Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung, Adam Stegerwald. Er entwarf einen hochinteressanten historischen Rückblick, ausgehend von der französischen Revolution und stellte Betrachtungen an über die deutsche Umwälzung von 1918 bis zum heutigen Tage. Wirtschaftspolitisch habe die Arbeiterschaft noch nicht erreicht, worauf sie Anspruch habe; wenngleich auf der einen Seite kleine Fortschritte durch das Betriebsrätegesetz und im Tarif- und Schlichtungswesen zu verzeichnen sind, so wird die Ohnmacht der Arbeiterschaft auf dem Gebiete der Wirtschaft durch die Bildung von Kartellen, Trusts und Syndikaten und durch die Rationalisierung gesteigert. Die Arbeiterschaft wird, wenn nicht energisch von allen Seiten aufgebaut werden, immer mehr zum Proletariat herunterrutschen, wir wollen aber das Gegenteil, die Entproletarisierung. Rationalisierung ist gut, aber nur dann, wenn von ihren Früchten die breitesten Schichten des Volkes den Vorteil haben. Stärkung des inneren Marktes als Folge der Rationalisierung bleibe Parole der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die immer wieder ausgerufen werden müsse.

Dem Vortrag Stegerwalds und der daran anschließenden Aussprache, an der sich die Abgeordneten Erling, André und Geurich beteiligten, folgte ein Vortrag von Regierungsrat Eichenlaub über das Gesetz der Arbeitsvermittlung und Arbeitsversicherung. In kurzen Strichen behandelte der Redner im ersten Teil seines Vortrages die wichtigsten Änderungen auf dem Gebiete der Berufshilfsleistungen, der Aufbringung der Mittel, dem Unterhaltungs- und Beschwerdeverfahren nach dem neuen Gesetz gegenüber dem bisherigen Stande. Einer eingehenden Besprechung unterzog der Redner die vom Vorstand der Reichsanstalt vorgeschlagene Abgrenzung der Bezirke der Landesarbeitsämter, insbesondere die Schaffung eines Landesarbeitsamtes für Württemberg, Eimaringen, Baden und die Pfalz unter Herausarbeitung der Gründe, die für und gegen eine solche Regelung sprechen.

Dem Vortrage schloß sich eine eingehende Aussprache an. Eine Festlegung der Meinung der Konferenzteilnehmer zu dem Punkte der Schaffung eines Landesarbeitsamtes für Süddeutschland, oder je eines Amtes für die einzelnen Länder durch Vornahme einer Abstimmung erfolgte nicht.

Aber die sozialen Wahlen sprach eine Spezialist, der Gewerkschaftsführer Fall von der Ortskrankenkasse Offenburg.

Über das Thema: Die Gesamtlage der christlichen Gewerkschaften im Vergleich zu der sozialistischen Bewegung und die sich daraus ergebenden Aufgaben referierte der Führer der Saarländischen Freiheit, der Gesamtverbandssekretär und Stadtrat Hülsmann aus Saarbrücken.

Das Schlussreferat hielt Landessekretär Stodert. Er verbreitete sich über die bezirklichen Aufgaben, insbesondere über die bei den sozialen Wahlen zu leistende Arbeit.

Abg. Geurich sprach das Schlusswort. Er dankte besonders Herrn Stegerwald für die zielklare Führung der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Die Konferenz habe gezeigt, daß zwischen Stegerwald und den Funktionären Süddeutschlands volle Einigkeit bestehe.

Die Mannheimer Handelskammer zu Wirtschaftsfragen

Die letzte Sitzung der Mannheimer Handelskammer wurde am 14. September mit einem Referat des Präsidenten Kell über die wirtschaftliche Lage eingeleitet. Der Referent kam zu dem Ergebnis, daß zu Besorgnissen kein Anlaß bestehe; ob die gegenwärtige Konjunkturperiode noch von Dauer sei, könne heute noch nicht überblickt werden. Man könne jetzt mit einem gemäßigten Optimismus für die deutsche Wirtschaft in die Zukunft sehen. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß keine Bedenken beständen, auch weiterhin langfristige Kredite zu produktiven Zwecken aufzunehmen. Nach Berichterstatterung über die Tagung der Internationalen Handelskammer in Stockholm und die Tagung des Deutschen Industrie- und Handelsrates in Hamburg, sowie über die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Frankfurt a. M. wurde zu dem Arbeitslosenversicherungsgesetz Stellung genommen. Weitere Referate behandelten die Handelsverträge, die Änderung des Normalzolltarifs, das Steuervereinfachungsgesetz, in welchem Zusammenhang der Referent betonte, daß die badische Wirtschaft die Ersetzung des badischen Grund- und Gewerbesteuerrechts durch eine reichsrechtliche Regelung erstreben müsse, die Mißstände des Scheidungsverkehrs — hierbei sprach sich die Versammlung dahin aus, daß die Schecks nicht als Wertpapiere, sondern als Zahlungsmittel behandelt werden sollen —, die Stüdelung der Aktienemissionen (100 RM oder ein mehrfaches unter Verbeihaltung der 20 RM-Aktien), das Depositenbankgesetz, dessen Verlängerung gewünscht wurde, und schließlich die Verfassung der 50 000 RM-Grenze für die Gründung einer Aktiengesellschaft. Schließlich genehmigte die Kammer noch das neue Dienststeuergesetz.

Dem Badischen Landesverband für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge

wurde vom Minister des Innern eine Geldlotterie zur Förderung seiner Aufgaben genehmigt. Der Verband ist seit Jahren bemüht, die dem Säuglings- und Kleinkinderalter drohenden Gefahren zu bekämpfen und die Säuglingssterblichkeit herabzumindern. Er erteilt fachverständige Beratung und Auskunft in allen Zweigen der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge und widmet sich vor allem der Belehrung der Mütter durch Kurse zur Anleitung in der Pflege, Ernährung und Erziehung im Säuglings- und Kindesalter, durch ärztliche Vorträge und durch seine Wanderausstellungen „Mutter und Kind“, die ja schon in vielen Städten und Gemeinden des Landes bekannt ist. Der Ertrag der Lotterie soll der weiteren Verbreitung von Belehrung und der Förderung aller Einrichtungen des Säuglings- und Kleinkinderfürsorge dienen. Es ist daher zu wünschen, daß die Lotterie im ganzen Lande tatkräftig unterstützt wird. Die Lotterie besteht aus 50 000 Losen à 1 RM; Gewinne im Gesamtwert von 12 500 RM mit einem Höchstgewinn von 5000 RM kommen zur Verlosung. In allen bekannten Lotteriegeschäften sind Lose zu haben.

Die Abmachungen über die Erleichterungen des Grenzverkehrs noch nicht in Kraft

Der „Pfälzer Merkur“ weist darauf hin, daß die Maßnahmen, die zur Erleichterung der wirtschaftlichen Lage im Grenzgebiet, das vor allen Dingen durch die Abschmäuerung des Abgabebereiches stark in Mitleidenschaft gezogen worden ist, immer noch nicht sich auswirken können. Wohl hätten die deutsche und die französische Regierung in Anerkennung der berechtigten Forderungen der beteiligten Kreise am 13. November 1926 im Rahmen des Protokolls über die Unterhaltung der Grenzen des Saargebietes eine Regelung des kleinen Grenzverkehrs vereinbart; außerdem seien die besonderen Wünsche der Saargebietes durch das am 14. September 1926 unterzeichnete Protokoll über die Regelung des Arbeiterverkehrs berücksichtigt worden. Diese beiden Abmachungen seien aber bis heute, nachdem in dem einen Fall bereits mehr als ein Jahr ins Land geflossen sei, noch nicht in Kraft getreten. Die deutsche Regierung und die Regierungskommission des Saargebietes hätten schon vor Monaten die nötigen Maßnahmen zur Inkraftsetzung veranlaßt, es fehle jedoch immer noch die Ratifizierung der französischen Regierung. In Genf sind nun in dieser Angelegenheit neuerdings Schritte unternommen worden.

Aus den Parteien

Am 25. September findet der Parteitag des badischen Zentrums statt, der sich auch mit der Stellungnahme Dr. Wirths zum Reichstagsbeschluss befassen soll. Dr. Wirth wird, wie eine Korrespondenz meldet, an dieser Tagung nicht teilnehmen. Er habe an den Vorstand der badischen Zentrumspartei ein längeres Memorandum gerichtet, von dem noch nicht feststehe, ob es veröffentlicht werden wird, oder nicht.

Der „Bad. Beob.“ schreibt dazu: „Ob Dr. Wirth durch dieses Fernbleiben von dieser Tagung seiner Sache dienen wird, oder nicht, bleibt noch dahingestellt. Wenn wir dazu eine Bemerkung zu machen hätten, dann wäre es eine Bemerkung des Bedauerns darüber, daß Dr. Wirth auch hier wieder, wie in früheren Fällen, den verkehrten Weg beschreitet, um den Ideen zu dienen, die er bezüglich der heute die politische Welt bewegenden Fragen hat. Er darf sich daher auch nicht darüber wundern, wenn manche seiner an sich guten Absichten von vornherein mißverstanden werden. In Baden hat man ihn unseres Wissens immer gern angehört und hätte sich auch diesmal gefreut, ihn in Freiburg seinen Standpunkt darlegen zu hören. Je mehr er darauf verzichtet, dort zu sprechen, wo für den Zentrumsmann und Abgeordneten der natürliche Boden dafür ist, desto schwerer wird die Verständigung. Wir bedauern das aufrichtig, im Interesse der Partei wie dem des Herrn Reichstagslangers a. D. Dr. Wirth.“

Aufwertung von Sparkastenguthaben in Ettlingen. Auf Grund der festgestellten Aufwertungsmaße hat der Verwaltungsrat der Sparkasse Ettlingen den Aufwertungsgrad der Sparlagen auf 18 1/2 Proz., d. i. 60 Proz. über den für Baden geltenden Mindestsatz von 12 1/2 Proz., festgesetzt. Diejenigen Sparanlagen, welche ihre mit 12 1/2 Proz. aufgewerteten Sparguthaben bereits abgehoben haben, erhalten die Mehraufwertung von 6 1/2 Proz. nachträglich auszabehalt.

8384 Erwerbslose im Amtsbezirk Mannheim. Die Zahl der beim Arbeitsamt Mannheim gemeldeten Arbeitsuchenden betrug am 14. September 8384 (4964 männl. und 3420 weibl.). Davon entfallen 7243 auf den Stadtbezirk.

Der Bürgerausschuß Stühlingen hatte in seiner letzten Sitzung zunächst über die Beschaffung der Mittel für das neue Krankenhaus schlußfösig zu werden. Die Erstellungskosten belaufen sich auf 250 000 RM. Aus dem Erlös des alten Krankenhauses stehen 120 000 RM zur Verfügung, die restlichen 130 000 RM sollen in zwei Teilbeträgen zu 60 000 und 70 000 RM bei der Badischen Girozentrale in Mannheim aufgenommen werden. Sodann wurde der Voranschlag für 1927 erledigt. Er sieht bei Einnahmen von 77 700 RM und Ausgaben von 110 545 RM einen ungedeckten Aufwand von 32 845 RM vor, für dessen Deckung eine Umlage von 1,40 RM notwendig wird. Alle Anträge wurden einstimmig angenommen.

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruher Herbstpferdemarkt. Wie alljährlich veranstaltet auch in diesem Jahr das Karlsruher Schlacht- und Viehofamt anlässlich der Karlsruher Herbsttage einen großen Herbstpferdemarkt in den Räumen der ehem. Gottesauer Kaserne. Die Besucher werden nicht nur die alten Bekannten mit der Pferdewelt der Belgier, Oldenburger usw. zu Gesicht bekommen, sondern auch Gelegenheiten haben, die in der Pfalz und in allernächster Nähe auf der Harz gezüchteten Pferde zu sehen und zu erstehen und die nicht unbedeutende Pferdezüchtung in diesen Gegenden kennen zu lernen.

Karlsruher Schwurgericht. Auch die letzte Tagung dieser Schwurgerichtstagung am Donnerstag, war das Ergebnis einer mit Erfolg durchgeführten Revision beim Reichsgericht. Auf der Anklagebank saß der 28 Jahre alte ledige Zimmermann Otto Fall aus Oberbeuren (Baden), den das Schwurgericht am 10. Mai d. J. wegen Meineids in einer Alimentationssache zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilt hatte. Dieses Urteil war auf den Einspruch des Angeklagten vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Behandlung an das Schwurgericht zurückgewiesen worden. In der erneuten Verhandlung war lediglich die Frage zu prüfen, ob dem Angeklagten das ihm übrigens das beste Zeugnis ausgestellt wurde, der Strafmilderungsgrund des § 157 zugutekommt. Das Gericht hat diese Frage bejaht und auf eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 4 1/2 Monaten erkannt nebst 3jährigem Ehrverlust. 9 Monate Unterhofschaft kamen in Anrechnung. — Die nächste Tagung des Schwurgerichts ist auf Montag, den 17. Oktober, angesetzt.

Badisches Landestheater. Die Erstaufführung von Musorgskys Volksoper „Boris Godunow“ am Sonntag, den 25. September dürfte für Karlsruhe ein Ereignis werden. Die noch durch große Extrachöre und Statisten verstärkten Vollsängern werden in ihrer ganzen Macht und Stärke auf die Zuhörer wirken. In gräßlicher Weise stehen uns Fürsten und Volk gegenüber. Slavische Wildheit, leidenschaftlichste Ausbrüche auf beiden Seiten und dazu immer und immer wieder bald ferne bald nah der Gesang der Pilger, unsere Herzen zur Andacht stimmend. Generalmusikdirektor Josef Krüps und Oberregisseur Otto Kraus, die beiden Leiter dieser anpruchsvollen Oper, haben alles aufgeboten, um auch in Karlsruhe Musorgskys Wert zu einem Erfolg zu führen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. In Baden trat gestern Bewölkung auf. Da es vormittags noch ziemlich heiter war, stiegen die Temperaturen wiederum erheblich an. (Ameisen Maximum 28 Grad). Nachmittags und nachts zogen Regenböen über das Land. Strichweise kam es auch zu Gewittern. Von England ist ein Schuß kühler Luft bei uns eingedrungen, doch steht keine weitere Abkühlung bevor, da südwestlich England ein neuer Wirbel die Kaltluftzufuhr abschneidet. Voraussichtlich behalten wir zunächst wechselnd wolfiges Wetter mit Aufheiterungen. Strichweise sind auch noch leichtere Niederschläge zu erwarten. — Voraussichtliche Witterung für 24. Sept.: wechselnd wolfig mit Aufheiterungen, strichweise auch leichter Regen, Temperaturen wenig verändert.

Verschiedenes

Vorschafter Fehr. v. Walsen bei einem Flugunfall getötet

W.B. Berlin, 23. Sept. (Tel.) Aus bisher unbekanntem Gründen verunglückte das Flugzeug D 585 auf der Strecke Berlin-München in der Nähe von Schleiz. Der Flugzeugführer und 4 Passagiere, darunter der deutsche Vorkontrollleur wurde schwer verletzt. Der Flugzeugführer Charlett war Friedensflieger und hat schon viele Hunderttausende von Kilometern auf Streckenflügen zurückgelegt. Das Flugzeug vom Typ „Merkur“ war Mitte Mai d. J. in Dienst gestellt worden.

Heute Weiterflug Könnedes

Könnedes hat, wie aus Angola gemeldet wird, seinen Weiterflug nach Basra auf heute, Freitag festgesetzt.

Levine gestartet

W.B. Gramwell, 23. Sept. (Tel.) Levine und Dinkelhoff sind heute morgen 8,07 Uhr zu ihrem angelegten Ostflug gestartet. Der Start erfolgte bei starkem Wind. Das Flugzeug „Mik Columbia“ konnte sich wegen der schweren Last von 1820 Liter Benzin, die zu einem 50tündigen Flug reichen, nur langsam erheben. Die Flieger beabsichtigen, als erste Etappe Karatschi in Indien ohne Zwischenlandung zu erreichen.

Tunney Sieger im Kampf um die Weltmeisterschaft

In dem in Chicago ausgefochtenen Vorkampftunney-Dempsey-Kampf hat Tunney einen Punktsieg errungen. Über 160 000 Zuschauer wohnten dem Kampf bei. Tunneys Punktsieg ist überaus hoch und einwandfrei. Der Boxer hat über den Fighter gestiftet. Dempsey hatte in dem für ihn so schweren Kampf nur zwei Faktoren, seine große Energie und seine übermenschliche Härte im Nehmen. Dem großen boxerischen Können seines Gegners konnte er aber nicht Gleichwertiges entgegenstellen. Dem „Chicagoer Herald“ zufolge fühlt sich Dempsey durch die Entscheidung der Schiedsrichter benachteiligt und will bei der Vorbehörde von Illinois die Aufhebung dieser Entscheidung beantragen. In der New Yorker Presse wird der Kampf als der größte Boxkampf aller Zeiten beschrieben. Start erörtert wird vor allem die Frage, ob nicht ein ungebührlich langames Fehlen in der siebenten Runde Tunneys Knockout verhindert habe. Dempseys Anhänger führen darauf den Siegesanspruch Dempseys. Inzwischen wird diese Kontroverse wohl ebenso wenig weitere Folgen haben wie angebliche Schläge Dempseys unter die Gürtellinie. Auch haben sich die Schiedsrichter einstimmig und die Mehrheit der Sachverständigen für den Sieg Tunneys ausgesprochen. Dempseys Frau, die Filmschauspielerin Estelle Taylor, verbrachte die Kampfnacht gänzlich abgeschlossen in ihrem Hotel. Sie fiel in längere Ohnmacht, als sie das Ergebnis erfuhr.

Kurze Nachrichten aus Baden

Bad. Mannheim, 22. September. Heute nachmittag gegen 1/4 Uhr ging ein außerordentlich heftiges Gewitter über Mannheim nieder, das von starkem Sturm begleitet war, der die außergewöhnliche Stärke von 100 Stundenkilometer erreichte. Der Regen brachte in ca. 15 Minuten über 5 Liter per Quadratmeter. Ein Blitz schlug in die Tribüne des Königspalastes und tötete dort einen vor dem Umwetter Schutz suchenden 15 Jahre alten Knaben auf der Stelle. Zwei 14jährige Spielkameraden wurden vom Blitz zu Boden geworfen und kamen glücklicherweise mit einigen Verletzungen davon. Einige Meter von der Unglücksstelle entfernt hatte eine Spielklasse der Lessingschule unter Führung ihres Lehrers ebenfalls Zuflucht unter der Tribüne gesucht. Glücklicherweise kamen die Kinder mit dem Schrecken davon.

Bad. Heidelberg, 22. September. Das in der Schlierbacher Landstraße von dem gestrichelten Messingläser besessene Haus ist am Mittwoch nachmittag mit Blausäure vergast worden. Ob die Vergasung den gewünschten Erfolg hat, kann jetzt noch nicht beurteilt werden, da das Haus erst am Freitag wieder von dem Cyanalkalipulver geläubert wird und auch dann noch das Betreten ohne Gasmaske lebensgefährlich ist. Ein weiteres Auftreten des Käfers ist bisher noch nicht festzustellen gewesen.

Bad. Wimpfen a. N., 22. September. Vom 1. bis 3. Oktober wird das alte Redarstädchen Wimpfen die Einweihung der neuen Hindenburgbrücke über den Neckar feierlich begehen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

| | 23. Sept. | | 22. Sept. | |
|-----------------------|-----------|--------|-----------|--------|
| | Geld | Brief | Geld | Brief |
| Amsterdam 100 G. | 168.01 | 168.35 | 168.06 | 168.40 |
| Kopenhagen 100 Kr. | 112.26 | 112.48 | 112.38 | 112.50 |
| Italien . . . 100 L. | 22.845 | 22.885 | 22.855 | 22.595 |
| London . . . 1 Pf. | 20.39 | 20.204 | 20.397 | 20.437 |
| Newyork . . . 1 D. | 4.190 | 4.198 | 4.1935 | 4.2015 |
| Paris . . . 100 Fr. | 16.44 | 16.50 | 16.44 | 16.50 |
| Schweiz . . . 100 Fr. | 80.79 | 80.95 | 80.83 | 80.99 |
| Wien 100 Schilling | 59.09 | 59.21 | 59.11 | 59.23 |
| Brag. . . 100 Kr. | 12.422 | 12.442 | 12.429 | 12.449 |

Börsen und Märkte

Wochenrückblick nach dem Stand vom 22. September.
Die Börse war diese Woche ziemlich Schwankungen unterworfen. Außerordentliche Geschäftslage gab der Börse das Gepräge. Das Geschäft war hauptsächlich auf die berufsmäßige Spekulation beschränkt. Das Publikum hielt sich andauernd fern, so daß der Spekulation die zweite Hand fehlte. Die schon in der letzten Woche hervorgetretenen Marktstellungen und zum Teil auch Mantelverkäufe dauerten noch zu Anfang dieser Woche fort. Man verwies vor allem auf die sich anbahnende Welle von Lohnrückführungen u. Lohnkämpfen. Auch besteht völlige Unsicherheit über den Verlauf der am nächsten Montag beginnenden Verhandlungen der Banken bei der Reichsbank über die Frage der Revision der Zweimonatsbilanzen. Die Tendenz der Börse besserte sich aber mit dem Bekanntwerden der Außenhandelsziffer für August, die einen günstigen Eindruck machte. Auch erwies sich, daß die Geldmarktsbefürchtungen der letzten Zeit zum Teil übertrieben gewesen waren. Auch bezüglich der wirtschaft-

lichen Entwicklung hat wieder eine vertrauensvolle Auffassung Platz gegriffen. Jedenfalls wird die Inlandskonjunktur als befriedigend angesehen. So war die Börse zu Wochenbeginn wieder befestigt. Den Ausgang nahm die neue Aufwärtsbewegung von den Farbenaktien, deren Aufstieg die Tendenz der Börse allgemein beeinflusste. Der Gesamtumsatz blieb aber doch mäßig, da das inländische Publikum bei dem Herannahen des Ultimo nach wie vor in seiner Zurückhaltung verharrte.

Am Geldmarkt trat für Tagesgeld eine nicht unbedeutende Erleichterung ein. Dem Quartalsultimo sieht man mit Zuversicht entgegen. Monatsgeld war angespannt und stark begehrt, da im letzten Monatsdrittel die meisten Fälligkeiten zu liegen pflegten. Die Geldsätze betragen für Monatsgeld 8 bis 8 1/2 Proz., für Tagesgeld 4 1/2 bis 6 1/2 Proz. Trotz der englischen Warnungen vor weiteren Zufuhren neuer Auslandsgelder an die deutsche Kommunal- und Privatwirtschaft konnten in letzter Zeit wieder eine ganze Reihe neuer Auslandsanleihen in Amerika, Holland und der Schweiz untergebracht werden. Die Reichsregierung verfolgt auch den Plan, der Landwirtschaft neue Kredite für die Veredelung der Agrarprodukte im Ausland zu vermitteln.

Produktenmarkt. Gegenüber den matten Auslandsmärkten zeigten sich die inländischen Produzentenmärkte ziemlich widerstandsfähig und die Preise blieben fast unverändert. Das Angebot vom Inland war für Roggen etwas größer und begehrter guter Nachfrage. Weizen war zu nachgefragten Preisen ebenfalls stärker angeboten. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 250 (-2), Roggen 250 (unv.), Wintergerste 224 (+5), Sommergerste 265 (unv.), Hafer 212 (+5) M je pro Tonne und Mehl 37 (-1/4) M pro dz.

Warenmarkt. Auf den Baumwollmärkten ist ein bedeutender Preissturz eingetreten, wozu vor allem die günstigen Ernteberichte aus Amerika und Indien beigetragen haben. Auf den Wollmärkten sind die Preise dagegen fest, teilweise steigend. Die Häutenmärkte liegen ebenfalls fest und auf den Auktionen ergaben sich neue Preisaufschläge.

Die Schlachtviehmärkte hatten in allen Gattungen große Zufuhr. Das Geschäft war überall lebhaft. Die Preise haben bei Großvieh keine wesentliche Änderung erfahren. Kälber wurden besser bezahlt, während Schweine im Preise nachgaben.

Holzmarkt. Die Nachfrage nach neuem Rundholz blieb weiter stark und die Preise gingen erneut in die Höhe. Dadurch wird das Mißverhältnis zwischen dem Rundholz- und Schnittholzpreisen immer größer, da letztere an den Weltmarktpreisen gebunden sind und der Erhöhung der Rundholzpreise nicht folgen können.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 24. September bis 4. Oktober 1927
a) Im Landestheater:
Samstag, 24. Sept. * B 3. Th.-Gem. 1201-1300. Viel Lärmen um Nichts. Lustspiel von Shakespeare. 8-10 1/2 (5.-).
Sonntag, 25. Sept. AußerMiete. Zum ersten Mal: **Boris Godunow.** Musikalisches Volksdrama von Mussorgski. 7 bis n. 10 (8.-).
Montag, 26. Sept. Volksbühne 1. Macbeth. Trauerspiel von Shakespeare. 7 1/2-10 1/2 (5.-).
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.
Dienstag, 27. Sept. * A 4. Th.-Gem. 2. S.Gr. Don Giovanni. Oper von Mozart. 7 1/2-10 1/2 (7.-).
Mittwoch, 28. Sept. * G 3. Th.-Gem. 1301-1400. Freisjagd. Schauspiel von Bernhard Wlume 8-10 1/2 (5.-).
Donnerstag, 29. Sept. * D 4 (Donnerstagniete) Tosca. Musikdrama von Puccini. 8-10 1/2 (7.-).

Freitag, 30. Sept. * F 4 (Freitagniete). Th.-Gem. 1401 bis 1550. Zum ersten Mal: **Ein besserer Herr.** Lustspiel von Hofenleber. 8 bis n. 10 (5.-).
Samstag, 1. Okt. * C 4. Th.-Gem. 101-200. Viel Lärmen um Nichts. Lustspiel von Shakespeare. 8-10 1/2 (5.-).
Sonntag, 2. Okt. * B 4. Boris Godunow. Musikalisches Musikalisches Volksdrama von Mussorgski. 7 bis n. 10 (8.-).
Montag, 3. Okt. Volksbühne 1. Macbeth. Trauerspiel von Shakespeare. 7 1/2-10 1/2 (5.-).
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.
Dienstag, 4. Okt. * E 4. Th.-Gem. 3. S.Gr. Boris Godunow. Musikalisches Volksdrama von Mussorgski. 7 1/2 bis n. 10 1/2 (5.-).

b) Im Stadt. Konzerthaus:
Sonntag, 25. Sept. * Unsere kleine Frau. Schwank von Averb Opwood. 7 1/2-10 (4.20).
Sonntag, 2. Okt. * Zu Hermann Sudermanns 70. Geburtstag. Zum ersten Mal: **Die gutgeschminkte Gek.** Tragikomödie von Sudermann. 7 1/2-10 (4.20).
c) In der städt. Festhalle:
Montag, 3. Okt. Th.-Gem. 1-100 und 1. S.Gr. 1. Sinfonie-Konzert. Leitung: Generalmusikdirektor Josef Krips. 8 bis geg. 10 (4.-).
Montag, 10. Okt. 1. Volks-Sinfonie-Konzert. Platzmiete für 6 Konzerte 9.00-18.00 M.

Rundfunkstunde des Bad. Landestheaters
Freitag, den 7. Oktober, 6.15 Uhr.

Umtausch für Inhaber von Blockbiletten Samstag nachmittags 3 1/2-5 Uhr.
Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Kartenvorverkauf: Vorverkaufsstelle des Badischen Landestheaters, Tel. 6288. In der Stadt: Hauptverkaufsstellen: Musikalienhandlung Feib Müller, Edel Kaiser- und Waldstraße, Tel. 388 und Reisebüro Hermann Meyle, Kaiserstraße 141, Tel. 450. Weitere Verkaufsstellen: Zigarrenhandlung Fr. Brunner, Kaiserallee 29, Tel. 4351 und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48, Tel. 503.

Staatsanzeiger
Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Planmäßig angestellt:
Maschinenschreiberin Klara Berger beim Bezirksamt Wiesloch als Kanzlistin.

Zurückgesetzt auf Ansuchen:
die Gendarmeriekommissare Daniel Knäbel in Neffrich, Vinzenz Schmel in Kenzingen, Sebastian Burtische in Redar, bischofsheim und Gendarmerieoberwachmeister Jakob Friedrich Doerflinger in Kenzingen.

Justizministerium
Ernannt:
Kanzleiaffizient Hermann Maish beim Notariat Forzheim zum Justizaffizient, Oberaufseher Otto Fuchs beim Männerzuchtstern Bruchsal zum Inspektor, Hilfsaufseher Wilhelm Burkard beim Landesgefängnis Mannheim zum Aufseher.

Gestorben:
Hausmeister Rupert Leibold und Oberwachmeister Theodor Kapferer in Karlsruhe.

Todes-Anzeige
Statt besonderer Anzeige
Nach langem Leiden entschlief heute abend 1/9 Uhr mein gütiger Mann
Geh. Hofrat
Dr. Arnold Obkircher
früherer Badearzt in Baden-Baden
Freiburg, den 21. September 1927. 6716
Karlsplatz 13
Im Namen der Hinterbliebenen:
Sofie Obkircher
Beerdigung am Samstag, den 24. September 1927, nachmittags 4 Uhr

Fähre-Verkauf.
Die Stadtgemeinde Wimpfen verkauft ihre, durch den Brückenbau entbehrlich gewordenen, Neckar-Fähre, welche 200 Zentner Tragfähigkeit hat.
Nähere Auskunft erteilt, sowie Kaufangebote bis **5. Oktober 1927, mittags 12 Uhr.**
erbitet: 6717
Städtische Bürgermeisterei Wimpfen a. N.
Freihändiger Holzverkauf
590
Forstamt Herrenwies in Forbach (Baden), **Donnerstag, den 29. September 1927:**
2500 Fm. Nadelstammholz. Losauszüge durch das Forstamt (Fornruf Forbach 16).
Freihändiger Nadel-Holzverkauf.
Bad. Forstamt Neustadt i. Schw. Freitag, den 30. September 1927, vormittags 11 Uhr: circa 2000 Fm. vorwiegend F. Lössverzeichnis durch Forstamt. 591
Badisches Landestheater
Samstag, 24. Sept. 1927
* B 3 Th.-Gem. 1201-1300
Viel Lärmen um Nichts
von Shakespeare
In Szene gesetzt von Felix Baumbach
Don Pedro
Leonato
Don Juan
Claudio
Benedikt
Dablen
Höder
Brand
Leitgeb
Kloebke
Eisen-Betten
Stahlmatt., Kinderbetten
günstig an Private. Kat. frei
Ein annehmbare Suhl (Thür.)

HERBST
Alles was die Mode zeigt in
Neuen Kleiderstoffen
Seidenstoffen
Mantelstoffen
bringen wir in reichster Auswahl zu staunend billigen Preisen
Prüfen Sie überall, Sie kaufen doch bei
LEIPHEIMER & MENDE
6707
Druck G. Braun, Karlsruhe